

Zustandes (um der „Erlaubnis“ für den „Polizeikrieg“ keine Hintertür offenzuhalten), obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, genereller Charakter des Paktes (um den von England versuchten Ausschluß Rußlands und die eventuelle Wirksamkeit des Paktes als Sondervertrag zu verhindern).

Das alles sind, wie gesagt, nur Forderungen, die die sozialistische Friedenspolitik im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft und unter momentaner Einflussnahme auf bürgerliche Regierungen erhebt, nicht als kriegsverhindernd, sondern als gefahrenmindernd.

Man wird hier vielleicht einwenden wollen, daß für die Verfechtung dieser Forderungen die Praxis der Diplomatie keine Gelegenheit gebe, weil die Parlamente nach der Paraphierung vor die vollendete Tatsache gestellt werden: ne variator, es darf nichts geändert werden, entweder ratifizieren oder ablehnen! Ja, soll denn dieser Zustand, der gewiß die Vertretung sozialdemokratischer Forderungen erschwert, immer so bleiben? Er ist schwer, aber nicht unmöglich zu ändern, solange diese Gepflogenheit herrscht, müssen die sozialistischen Parteien eben versuchen, bei der parlamentarischen Diskussion über die Ratifizierung des Kellogg-Paktes den Vertrag in der vorliegenden Form zu zerstören, auch wenn dies Verfahren den Herren Außenministern als sehr ungebührlich erscheinen dürfte und im günstigsten Falle sogar eine neue Konferenz nötig machen würde.

Aber, so wird man weiterhin sagen: bei den vorhandenen bürgerlichen Majoritäten kann es ja als sicher gelten, daß die oben angegebenen, den internationalen Kongreßbeschlüssen entlehnten Forderungen allerwärts abgelehnt würden. Allerdings, das mag sein, sowie ja auch die sozialdemokratischen Forderungen zur Zollpolitik, Finanzpolitik usw. von bürgerlichen Majoritäten abgelehnt werden. Diese Annahme darf natürlich nicht von dem Versuch abhalten. Und selbst wenn der Versuch restlos scheitern würde: dann wäre hier der Arbeiter die beste Gelegenheit gegeben, die imperialistische Bourgeoisie mit ihrem Schwindel von der Kriegsführung zu brandmarken und das eigene Klassenbewußtsein zu nähren. Dann wird dadurch immer noch mehr an „praktischer Realpolitik“ geleistet sein, als wenn man einfach zum Kellogg-Pakt in regierender Passivität Ja und Amen sagen und die realpolitischen Forderungen der internationalen Sozialistenkongresse den Arbeitern als beschauliche Lektüre für das Weekend vorbehalten würde.

Wir hoffen, daß die Leitung unserer Partei und die Reichstagsfraktion sich nicht für solche negative Politik entscheiden, und meinen, daß es auch nötig sein wird, sich über das taktische Vorgehen zum Kellogg-Pakt auf dem Brüllfeld Kongreß zu unterhalten. Dem wir allerdings, wie hier schon früher gesagt wurde, als Hauptsache eine andere Arbeit zugewiesen wissen möchten.

Hölzjaden in Chemnitz und Falkenstein

„Lehte Gut, verkauft in Wunschgestalten“

Mag Hölz wird als Parade Gaul der Kommunisten durch alle letzten Jahre geschleift, in denen die KPD auch nur irgendeinen nennenswerten Anhang hat. Zu seinen Hauptaktionsgebieten gehörte das Vogtland, Falkenstein, also er einige Zeit als Kinovorführer tätig war, und wo er seine politischen Kampfmethoden erstmalig praktisch anzuwenden begann. Aus diesen Gründen ist für Falkenstein ein besonderer Empfang Mag Hölz' vorgesehen, wodurch die ehrbaren Spießbürger im erzgebirgischen Kreis gemaltiglich erschreckt worden sind. Die Allgemeine Zeitung in Chemnitz schreibt in einem Leitartikel „Staatsnotwehr“, dessen Inhalt durch die Korrespondenzbureau weitergegeben wird, über den Bürgerführer Mag Hölz, denn heute Mittag marschierte die Chemnitzer KPD unmittelbar aus den Betrieben auf, um Mag Hölz zu begrüßen.

Wie auch in anderen Fällen, so hat die KPD in ihrer Stellung zu Mag Hölz einen grundlegenden Wandlungsprozeß vollzogen, und es ist nicht uninteressant, die Organe der KPD zu zitieren, wie sie ohedem zu dem jetzt geleiteten Mag Hölz gestanden haben. So schrieb u. a. die Internationale, das theoretische Organ der KPD, am 1. Juli 1920 über die Ruhmestaten von Mag Hölz: „Wir machen die Behauptung geltend von Seiten des Proletariats. Denn wie wir schon sagten, der Fall Hölz wuchs sich aus zu einem Versuch, die sozialen Grundlagen dieser Welt zu ändern und mit einer klünnen Tat das zu vollbringen, wozu seit Jahrhunderten schon die besten Völker sich bemüht hatten. Und darum war es keine revolutionäre Tat, als Hölz im Vogtland versuchte, mit wenig braven Genossen der Hölzland des Proletariats auf Erden sein zu lassen. Und darum war es auch nichts Revolutionäres, als die müden und gebückten Proletarier des Vogtlandes leuchtenden Auges aufhatten zu dem Manne, der „nahm, wo etwas war und gab, wo nichts war“. Es war nichts Revolutionäres, denn es war nicht die klare Einsicht und der klare Wille, als Klasse die Welt neu aufbauen zu wollen; es waren ja nur die alten verschütteten Träume, der Kinder glauben vergangener Jahrhunderte, der noch einmal in diese Welt hineinkampte.“

Es ist ein Abschied, ein letzter Abschied an verlustenes Proletariat, das noch einmal hineinspielte in diese Zeit, die angefüllt ist nicht vom Proletariat, sondern vom Proletariat-willen. Und Mag Hölz mag wohl den Namen tragen dieser letzten proletarischen Utopien.

Wären wir ein Dichter, wir würden ein Drama schreiben über die „Lehte Gut, verkauft in Wunschgestalten“.

Im Jahre 1920 wurde der Sowjetstaat noch vom Kriegskommunismus beherrscht. Es war die Epoche, wo er geistig überwunden wurde. Darum die scharfe Ablehnung der Hölzjaden in den übrigen Ländern. Das aber verhindert nicht, daß jetzt der Mann mit den „letzten proletarischen Utopien“ mit um so größerer Begeisterung verherrlicht wird. 1920 erklärte das theoretische Organ der KPD, daß an den Taten Mag Hölz' „nichts revolutionäres“ zu erkennen sei, daß er wohl den ausgemerktesten vogtländischen Proletariats als „Heiland“ erscheinen konnte. Aber das sei nur „ein letzter Abschied an verlustenes Proletariat“. Heute werden die Hoffnungen des Proletariats erneut an Mag Hölz geknüpft, weil das der kommunistischen Propaganda dient. Früher wurde er verurteilt, heute gefeiert. Aus uns den Kartoffeln, ein in die Kartoffeln, das war schon immer das Kennzeichen der kommunistischen Strategie, und wer kann wissen, wie die Internationale in etwa Jahresfrist über Mag Hölz schreiben wird? Möglicherweise ist er dann längst ausgeschlossen. Und dieselben Proletarier, die 1920 schon an Mag Hölz „nichts revolutionäres“ erblickten dürften, die ihn aber heute feiern müssen, die ihn heute mit Hoch begrüßen, werden ebenso folgjam „nieder“ schreiben.

Hilfereute und Kommunisten

11 Essen, 28. Juli.

Am Freitagabend kam es hier zu einer Schiere zwischen Hilfereuten und Kommunisten, in deren Verlauf etwa 20 Schüsse gefallen sind. Vier Personen wurden schwer verletzt. Wie verlautet, sollen auch Passanten durch Steinwürfe erheblich verletzt worden sein. Die polizeilichen Ermittlungen sind sofort aufgenommen worden.

Was wird mit Jugoslawien?

Ein Freistaat Kroatien?

Ein Interview mit Stephan Raditsch

Der Ugramer Vertreter der Telegraphen-Union hat den von seiner Verwundung, die ihm durch die Schüsse in der Stupschina am 20. Juli beigebracht wurde, fast völlig genesenen kroatischen Bauern- und Parteiführer Raditsch interviewt. In dieser Unterredung erklärte Raditsch u. a.:

„Die Erfahrungen der letzten drei bis vier Jahre hätten sie endgültig davon überzeugt, daß mit den serbischen Parteien und den serbischen führenden Kreisen keine Verständigung möglich gewesen sei und auch niemals möglich sein werde. Die Forderungen, die von der ganzen Bevölkerung Kroatiens und Dalmatiens infolge dessen erhoben werden müßten, seien klar und deutlich. Es würde in keine Verhandlungen getreten und keine Vereinbarungen



Ministerpräsident Korolich

mit den Parteien getroffen werden, die zum Bestande der Regierung Raditschewitsch gehört hätten.

In diese Mörder-Stupschina würden sie nicht zurückkehren; sie würden an ihren Sitzungen nicht teilnehmen.

Sie verlangten die Schaffung einer neutralen Regierung, die aus makellosen Persönlichkeiten bestehe, die zu keinen Parteien gehören dürften und sich allgemeinen Vertrauens und allgemeiner Achtung erfreuten. Diese Regierung solle als einzige Aufgabe haben,

völlig unabhängig freie Wahlen für eine neue Stupschina durchzuführen,

die dann sofort zu einer Revision der Verfassung und zu einem Umbau des Königreiches Jugoslawien auf neuer Grundlage schreiten solle. Er, Stephan Raditsch, sei persönlich Anhänger eines Kabinetts Raditsch gewesen; er habe sogar dem König diejenigen kroatischen Männer genannt, die man in dieses Kabinett berufen sollte.

Polens Antwort an Litauen

SPD Genf, 27. Juli.

Der händige polnische Delegierte beim Völkerbund hat dem Völkerbundssekretariat am Freitag im Auftrag seiner Regierung eine Note übergeben, die eine sehr deutliche und scharfe Antwort Polens auf die litauische Klage Litauens über angeblich bevorstehende große polnische Manöver im Wilnagebiet darstellt. Die polnische Note betont, daß Polen alljährlich in verschiedenen Teilen seines Landes militärische Manöver abhält und in diesem Jahr wie im vorigen Jahr im Wilnagebiet, zwar nicht im August, wie Litauen angab, aber im September die üblichen Manöver stattfinden. Die Manöver gäbe weiter von der polnisch-litauischen Grenze entfernt als im vorigen Jahre. Im Anschluß an diese Angelegenheit die polnische Note die litauischen Behauptungen, daß die Sicherheit der litauischen Grenze gefährdet sei, als eine Unschuldigung, die jeder Begründung entbehrt. Die polnische Note geht dann zu folgenden allgemeinen Bemerkungen über:

„Die polnische Regierung weist jeden ausländischen Protest gegen sein Recht, auf seinem Gebiet militärische Übungen abzuhalten, kategorisch zurück. Die Warschauer Regierung stellt fest, daß das dauernde litauische Bestreben, Polen einzig und allein auf Grund unkontrollierbarer Pressenmeldungen kriegerische Absichten zu unterstellen, ein erstes Unrecht ist, das vom Völkerbund nicht geduldet werden darf. Dieses Bestreben ist um so verdammenswerter, als Litauen die polnischen Vorschläge auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes zurückgewiesen und im Gegenzug zu der Resolution des Völkerbundsrates vom 10. Dezember 1927 seit mehr denn sechs Monaten ungelähmte Schwierigkeiten hervorgerufen hat, um ein Ergebnis der polnisch-litauischen Verhandlungen, die „das gute Einvernehmen...“ von dem der Frieden abhängt, zum Ziele hatten, zu verhindern.“

Die polnische Regierung, die auf die feierlichste Weise die Verfechtung abgegeben hat, daß sie die friedlichen Beziehungen zu Litauen aufrechterhalten will, die den guten Willen gezeigt hat, in direkten Verhandlungen zu einem guten Einvernehmen zu gelangen, protestiert auf das schärfste gegen die von der litauischen Regierung angewandten Methoden. Diese zielen daraufhin, am Vorabend der Völkerbunderversammlung eine Atmosphäre der Unsicherheit zu schaffen und die Verantwortung Litauens für das Scheitern der Verhandlungen mit Polen, die die litauische Regierung nicht bestreiten kann, vor der öffentlichen Meinung der Welt von sich abzuschleudern.“

Kommission für geistige Zusammenarbeit

SPD Genf, 27. Juli.

Die Kommission für geistige Zusammenarbeit hat beschlossen, den Regierungen den Entwurf eines internationalen Abkommens zuzusenden, das die Gelehrten an der praktischen Verwertung ihrer Entdeckungen und Erfindungen beteiligen soll. Die Beteiligung soll durch eine Art internationaler gegenseitiger Verflechtungsgesellschaft zwischen Industrie und Gelehrten gesichert werden. Der Entwurf bedeutet ein Kompromiß zwischen der Kommission für geistige Zusammenarbeit und der Wirtschaftskommission des Völkerbundes, die an den weitergehenden Plänen der Kommission für geistige Zusammenarbeit lebhaftest Kritik geübt hatte.

Bei dem Umbau des Staates Südschweden verlangten sie

eine vollständige Trennung Kroatiens von Serbien

und die Bildung eines selbständigen Staates Kroatien, das mit Serbien nur durch Personalunion verbunden sein sollte. Der serbische König sollte auch der König Kroatiens sein. Dies sollte die einzige Verbindung sein, die sie in Zukunft mit den Serben verknüpfen und die Serben mit ihnen. In allen anderen Fragen sollte Kroatien völlig unabhängig sein, sein eigenes Parlament haben, seine eigene Verwaltung, seine eigene Regierung, seine eigene Armee usw., mit anderen Worten, einen „Free state of Croatia“, ähnlich wie Island, bilden. Diese vollständige Trennung Kroatiens von Serbien sei die einzige Möglichkeit für ein weiteres Zusammenleben der Kroaten mit den Serben. Den Provinzen, die an den Staat Kroatien grenzen, Boimodina, Patiska, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina, Slowenien, sollte das Recht gegeben werden, frei zu wählen zwischen einem Anschluß an Kroatien oder Serbien, zwischen Ugram und Belgrad. Mit keinem Jota würden die Kroaten von diesen Forderungen abgehen, die das Mindestmaß darstellten.

Auf die Frage, ob die Kroaten wirklich so feindselig zu den Italienern eingestellt seien und ob sie in Wirklichkeit unauflösliche Gegner der Reunionsverträge mit Italien seien, antwortete Raditsch wörtlich: „Das entspricht nicht den Tatsachen, das ist eine glatte Lüge! Im Gegenteil, wir sind in höherem Maße als die Serben daran interessiert, daß eine Einigung mit Italien zustande kommt. Aber wir glauben, daß eine Einigung mit Italien durchaus verbunden werden kann mit einer völligen Wahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Bevölkerung Dalmatiens. Wir sind nicht nur Freunde einer Verständigung mit Italien, wir sind auch Gegner der Erbauung einer jugoslawischen Kriegsslotte im Adriatischen Meer. Wir Kroaten bestehen aber auf einer völligen Neutralisierung der östlichen Gestade der Adria. Möge die italienische Kriegsslotte die einzige Flotte in der Adria sein. Wir Kroaten fürchten sie nicht. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Italiener keine Angriffspläne bezüglich Dalmatiens haben und den Wunsch besitzen, mit uns in Eintracht und Frieden zu leben.“

Das neue Belgrader Kabinett

11 Belgrad, 27. Juli.

Das neue Kabinett ist Freitag nachmittags vom König vereidigt worden. Es setzt sich zum größten Teil aus Mitgliedern des vorigen Kabinetts zusammen. In die neue Regierung wurden folgende acht Radikale, vier Demokraten und zwei Liberale aufgenommen: Ministerpräsident und Innenminister: Dr. Korolich (Loyal. Kerik), Außenminister: Dr. Marinkowitsch (Demokrat), Unterrichtsminister: Graf (Dem.), Bauminister: Angelinowitsch (Dem.), Postminister: Markowitsch (Dem.), Kriegsminister: Hadzitsch, Finanzminister: Subotitsch (Radikaler), Landwirtschaftsminister: Andritsch (Rad.), Verkehrsminister: Stanitsch (Rad.), Minister für soziale Politik: Pavitsch (Kerikaler), Minister für Agrarreform: Povitich (Rad.), Arbeitsminister: Julitschitsch (Rad.), Gesundheitsminister: Popowitsch (Rad.), Kultminister: Zwetkowitz (Rad.).

Der Ministerabbau ist Bayern

SPD München, 27. Juli.

Die Regierungsverordnung über die Aufhebung des Sozialministeriums und des Handelsministeriums wurde am Freitagabend vom Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages mit 17 Stimmen gegen 10 der Opposition und eine Stimmenthaltung des Deutschnationalen Abgeordneten aufgegeben. Die endgültige Entscheidung über die Vorlage fällt am Montag im Plenum des Landtages. Daran schließt sich die Wahl des Ministerpräsidenten, die Vorstellung der Kabinettsmitglieder und die Regierungserklärung an.

Vertrauensfundgebungen für Lambach

SPD Der erweiterte Vorstand der Ortsgruppe Dresden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sprach dem deutschnationalen Abgeordneten Lambach das Vertrauen aus.

Die deutschnationalen Parteigruppen in Pommern hat sich trotz ihrer radikalen Einstellung ebenfalls gegen den Ausschluß von Lambach ausgesprochen.

Die Führung des hannoverschen Angestelltenausschusses der DHP, der von der örtlichen Parteileitung aufgelöst worden ist, erklärt: „Mit größter Sorge um die Zukunft der DHP wird der endgültigen Entscheidung des Obersten Parteigerichts entgegengelesen. Die hannoverschen Angestellten fürchten, daß dieser unabänderlich letzte Spruch zwar die Zurücknahme des Ausschusses Lambachs bringe, aber nach Form und Inhalt wohl für die Gruppe Hugelberg, nicht aber für Lambach und seine Anhänger tragbar sein wird. Eine Wiederholung der Rücksichtnahme auf den sozialreaktionären Hugelberg-Kriegel durch das Parteigericht würde von der überwältigenden Mehrheit der Angestellten als Verzicht der Partei betrachtet, fernerhin noch als Volkspartei gewertet und geachtet zu werden.“

Eine Erklärung Otto Thiel

Wie das Nachrichtenbureau des DZ meldet, hat der Vertreter der Arbeiter in der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Otto Thiel, in einem Schreiben an die Reichshauptstelle der Deutschen Volkspartei zu den Presseberichten über eine Krise in der Deutschen Volkspartei Stellung genommen. Er sagt darin, er würde es als eine Gemeinheit ansehen, ausgerechnet zu derselben Zeit, an der sich der Parteiführer in seinem wohlverdienten Erholungsurlaub befindet, eine Parteikrise anzusetzen. Ueber gewisse Sorgen, die ihn und die in der Volkspartei vertretenen Arbeitnehmer betreffen, habe er schon lange, bevor es einen Fall Lambach gab, Dr. Stresemann in loyaler Weise aufgeföhrt. Sein Ziel sei, diese Schwierigkeiten zum Nutzen der Partei und mit der Partei zu überwinden. Das habe Zeit, bis Dr. Stresemann sich erholt hat.

Korruptionsprozeß gegen 11 Richter

11 Moskau, 27. Juli.

In Moskau begann der Prozeß gegen 11 Volkrichter, die beschuldigt werden, jahrelang Bestechungsgelder angenommen zu haben. Der Hauptangeklagte Dwtin, Volkrichter im Baumann-Bezirk Moskaus, und die anderen Angeklagten befinden sich in Haft. Der Prozeß wird mehrere Tage beanspruchen.